

THEMA IM LANDTAG

Sparen zu Lasten der Schwächen Haushalt 2005 passiert Landtag – scharfe Kritik der SPD

»Niedersachsens Etat trifft Blinde, Beamte und die Kommunen«, titelte die *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, nachdem die CDU/FDP-Koalition ihren Haushalt verabschiedet hatte. Der Abstimmung war ein dreitägiger Debattenmarathon vorangegangen, in dem eins deutlich wurde: Die SPD ist die bessere Alternative zur Politik von Christian Wulff.

Am ersten Tag der Haushaltsberatung blies SPD-Fraktionschef Sigmar Gabriel zum Generalangriff. In einer fulminanten Rede kritisierte er die Politik von CDU und FDP. Es sei ein Skandal, dass Christian Wulff den Subventionsabbau auf Bundesebene blockiere, weil er den Konflikt mit mächtigen Interessengruppen fürchte und gleichzeitig das Landesblindengeld abschaffe. »Sie sind beim Sparen nicht hartnäckig. Sie sind hartherzig«, rief er dem Ministerpräsidenten unter dem Applaus der SPD-Fraktion und der Grünen zu. Die Kürzungen im Sozialbereich seien kein »Betriebsunfall«. Sie seien symptomatisch für eine Sozialpolitik, die die Schwachen alleine lasse und sie damit der Chance beraube, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Gabriel betonte, die SPD messe die Politik

der Regierung Wulff nicht primär an der sozialdemokratischen Programmatik, sondern an den Wahlversprechen von CDU und FDP. »Sie haben den Menschen in Niedersachsen vor der Wahl alles versprochen. Und jetzt brechen sie all ihre Versprechen eiskalt. Ihre Freundlichkeit ist Fassade, ihre Gesprächsbereitschaft Show, ihre Bürgernähe inszeniert.«

Am zweiten Tag der Haushaltsdebatte legte Gabriel nach. Er griff insbesondere Sozialministerin von der Leyen scharf an: »Es ist ihre Aufgabe, für die Schwachen im Lande zu kämpfen. Aber sie kümmern sich lieber um ihre Karriere in der CDU, als um die Blinden in Niedersachsen«. 90 Minuten lang versuchten erst der Ministerpräsident und dann das halbe Kabinett die scharfen Attacken zu parieren. Dass

Fortsetzung Seite 2



Die Redaktion des TiL wünscht allen Leserinnen und Lesern:
Frohe Weihnachten und ein guten Rutsch ins Neue Jahr

Liebe Leserinnen und Leser,



spätestens die Haushaltsdebatte hat gezeigt: CDU und FDP wollen das Land Niedersachsen nach ihrer Ideologie umbauen. Es geht ihnen nicht um die Haushaltssanierung – denn sie verschenken weiterhin Tag für Tag Subventionen an ihre Klientel. Es geht ihnen um die Umsetzung eines Gesellschaftsbildes, in dem die Starken eben nicht mehr für die Schwachen eintreten, in dem über die Bildungschancen eines Kindes schon bei der Geburt entschieden ist und in dem die Macht beim CDU-Ministerpräsidenten konzentriert ist.

Mit den auf der Klausursitzung in Göttingen gefassten Beschlüssen hat die SPD-Fraktion dem eine klare und realistische Alternative entgegengesetzt. Auch das hat die Haushaltsdebatte gezeigt: Wenn wir die Politik der Landesregierung mit guten Argumenten kritisieren, finden unsere Positionen in der veröffentlichten Meinung ihren Niederschlag. Zu den bitteren Erkenntnissen gehört aber auch, dass wir die unsoziale Politik der Landesregierung letztlich nicht stoppen können. Es bleibt also viel zu tun im kommenden Jahr 2005. Wir haben einen Anfang gemacht. Ich wünsche euch, dass ihr während der Feiertage ein wenig Abstand vom politischen Tagesgeschäft gewinnen und neue Kraft schöpfen könnt. Damit wir auch im kommenden Jahr den gemeinsam eingeschlagenen Kurs erfolgreich fortsetzen können.

Euer

Sigmar Gabriel



Abgeordnete bei der Fraktionsklausurtagung in Göttingen

sie damit keinen Erfolg hatten, lag wohl auch daran, dass viele Mitglieder der Regierungsfraktionen erhebliche Bauchschmerzen insbesondere mit der Abschaffung des Landesblindengeldes haben. Bauchschmerzen, die sich aber leider nicht im Abstimmungsverhalten niederschlügen: Die von der SPD beantragte namentliche Abstimmung zeigte, dass sich auch die wenigen verbliebenen Sozialpo-

litiker in den Reihen der CDU der eisernen Koalitionsdisziplin unterwarfen. Das gleiche traurige Bild bei der Abstimmung zu der 150-Millionen-Euro-Kürzung bei Städten und Gemeinden: Auch die zahlreichen Kommunalpolitiker in den Reihen von CDU und FDP stimmten dem tiefen Griff in die kommunalen Kassen zu. Sie werden in den Stadt- und Kreistagen sicher noch die eine oder andere Frage zu

ihrem Abstimmungsverhalten beantworten müssen.

In seiner Schlusserklärung zum Haushalt stellte Gabriel nochmals die Alternativen der SPD in den Mittelpunkt. Während den Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP außer schalen Witzchen und abgegriffenen Pöbeln nicht viel zur Zukunft Niedersachsens einfiel, skizzierte Gabriel das Konzept der SPD für ein zukunftsfähiges Niedersachsen, wie es die SPD-Fraktion bei ihrer Klausurtagung in Göttingen beschlossen hatte: Investitionen in Bildung und Wissenschaft, Stärkung der Kommunen, neue Ansätze in der Familienpolitik.

Am Ende wurde deutlich: Die SPD hat die Debatte über den Landshaushalt klar gewonnen. Aber die Menschen in Niedersachsen haben durch die Politik von Christian Wulff verloren.

Die Reden zu den Haushaltsberatungen können unter www.spd-landtag-nds.de eingesehen werden.

Schulpolitik: Versetzung des Kultusministers hochgradig gefährdet!

Der Zufall wollte es, dass wenige Tage vor der abschließenden Haushaltsberatung im Landtag die neuen PISA-Ergebnisse vorgestellt wurde. Die internationale Vergleichsstudie zeigt zwar, dass sich das Leistungsniveau der deutschen Schülerinnen und Schüler in einigen Bereichen ein wenig verbessert hat. Gleichzeitig wird der Schulpolitik aber ein schlechtes Zeugnis ausgestellt: Die Bildungschancen der Kinder sind zunehmend vom sozialen Status der Eltern abhängig, stellen die OECD-Experten fest.

Das heißt im Klartext: Kinder aus armen Familien haben es schwerer, einen guten Schulabschluss zu erlangen, als ihre Altersgenossen aus reichen Familien. Diese Erkenntnis ist zwar für Experten nicht neu, aber dennoch höchst beunruhigend.

Nicht so für Kultusminister Bernd Busemann. Völlig ungerührt von den PISA-Ergebnissen verteidigte er im Landtag die Einsparungen in seinem Haushalt – etwa die Kürzung bei der Sprachförderung. »Für uns steht die Herstellung von Chancengleichheit im Mittelpunkt unserer Schulpolitik«, sagte dagegen der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner. Deshalb habe die SPD auch beantragt, die Kürzungen bei der frühkindlichen Sprachförderung zurückzunehmen. »Es ist traurig, dass CDU und FDP unsere Argumente ignoriert haben. Sie sparen – gemessen am Haushaltsvolumen – wenig, schränken aber die Chancen von Kindern mit Migrationshintergrund auf eine erfolgreiche Schullaufbahn massiv ein.«

Jüttner kritisierte erneut die Tricksereien der Landesregierung beim Thema Unterrichtsversorgung: »Jeden Tag können wir in den Zeitungen lesen, wie viel Unterricht ausfällt. Nur Herr Busemann scheint seinen Statistiken zu glauben, nach denen die Unterrichtsversorgung 100 Prozent entspricht. Eine höhere Unterrichtsversorgung bei weniger real erteiltem Unterricht und mehr Schülern – das passt einfach nicht zusammen. Jüttner verwies außerdem darauf, dass das Kultusministerium im Schulbereich im kommenden Jahr 40 Millionen Euro einsparen wolle. »Das entspricht rund 1.000 Lehrerstellen. Die Unterrichtsversorgung wird deshalb weiter sinken.«

Widersprüchlich sei auch die Politik der Landesregierung bei den Ganztagschulen. Zwar lasse sich Busemann für neue Ganztagschulen überall in Niedersachsen feiern. Gleichzeitig trockne er aber die bestehenden Angebote aus. »Erst die 400 Millionen Euro, die die Bundesregierung für Ganztagschulen in Niedersachsen



Wolfgang Jüttner

zur Verfügung stellt, haben dafür gesorgt, dass es in Niedersachsen überhaupt neue Ganztagschulen gibt«, so Jüttner. Leider stelle die Landesregierung keine Mittel für die neuen Angebote bereit. Der Antrag der SPD, 6,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt.

Jüttners Fazit: »Wenn Herr Busemann noch zur Schule gehen würde, wäre seine Versetzung hochgradig gefährdet.«

Wissenschaftspolitik: Frust statt Aufbruch

Als der Göttinger Biologe Professor Peter Gruss, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, am 1. Dezember die höchste Auszeichnung der Landesregierung, den Niedersächsischen Staatspreis, erhielt, fand der Ministerpräsident wie üblich schöne Worte. Ausgaben für die Wissenschaft seien Investitionen in die Zukunft, Niedersachsen sei im internationalen Wettbewerb gut aufgestellt, »große Schätze« habe »Deutschland in seinen Köpfen angelegt und gespeichert«.

Nicht nur als Schatzsucher macht Wulffs Wissenschaftsminister Lutz Stratmann eine schlechte Figur. Das zeigte sich wenige Tage später bei den Haushaltsberatungen. Denn anstatt den schönen Worten Taten folgen zu lassen und in Wissenschaft und Forschung zu investieren, setzt sich die konzeptionslose Kürzungspolitik der CDU/FDP-Landesregierung auch 2005 fort. Philipp Rösler, der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, brachte es schon vor einem Jahr auf den Punkt: »Es gibt einen Unterschied zwischen intelligentem Sparen und dem, was jetzt passiert.«

Die Hochschulen müssen die für das Haushaltsjahr 2004 beschlossenen Kürzungen in Höhe von 40,6 Millionen Euro auch 2005 wieder abliefern. Im nächsten Jahr kommen noch mal weitere 10 Millionen Euro an Kürzungen dazu. Das schwächt nicht nur die Forschung, sondern verschlechtert auch die Studienbedingungen. Und die Studierenden trifft es auch sonst: Der Verwaltungskostenbeitrag wird um 50% erhöht, Langzeitstudierende müssen tiefer in die Tasche greifen. »Der eigentliche Skandal: Kein einziger Cent, den die

Studierenden zahlen, kommt der Verbesserung ihrer Studien- und Prüfungsbedingungen zugute, alles kassiert der Finanzminister«, so die wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Dr. Gabriele Andretta.

Selbst beim Hochschulbau spart das Land – obwohl viele Labore und Hörsäle dringend saniert werden müssen und obwohl jeder Euro aus der Landeskasse einen weiteren Euro vom Bund nach sich zieht. Gekürzt wird auch dort, wo es um die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen geht, 200.000 Euro weniger für den Technologietransfer und 600.000 weniger für die Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Wirtschaft.

»Es ist noch nicht allzu lange her, da herrschte an unseren Hochschulen Aufbruchstimmung«, erinnerte Andretta. Das 2002 von der SPD-Mehrheit verabschiedete neue Hochschulgesetz gab den Universitäten ein bundesweit vorbildliches Maß an Autonomie, moderne Studiengänge wurden auf den Weg gebracht, die Internationalisierung wurde vorangetrie-



Dr. Gabriele Andretta

ben, Exzellenzcluster eingerichtet und neue erfolgreiche Wege der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses beschritten. Und heute? »Hochschulen im Stimmungstief. Manchen Unipräsidenten packt der Frust«, titelte kürzlich die *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*. »Wir können es uns nicht leisten, uns dumm zu sparen und unsere einzige Ressource zu vergeuden, die wir haben: die Köpfe und Talente unserer jungen Leute«, so Andretta.

Praktikumsstelle bei der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen sucht für ein politisches Projekt eine Praktikantin/einen Praktikanten.

AUFGABE:

Vorbereitung und Durchführung eines Kongresses zum Thema »Demographie«

ZEITRAUM:

Von Anfang/Mitte Januar 2005 bis Mitte/Ende Februar 2005

ANFORDERUNGEN:

- ein Studium in einem sozial- oder wirtschaftswissenschaftlichen Fach sind wünschenswert,
- Teamfähigkeit und das Interesse, selbstständig politische Prozesse zu organisieren,

UNSERE LEISTUNGEN:

- qualifiziertes Praktikumszeugnis,
- eine angemessene Aufwandsentschädigung,
- ein eigener Arbeitsplatz im Niedersächsischen Landtag mit PC und allen weiteren erforderlichen Ausstattungen.

BEWERBUNG:

Eine kurze, schriftliche Bewerbung mit einem Lebenslauf und eurem Qualifikationsprofil richtet bitte postalisch oder per E-Mail an:

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
c/o Geschäftsführer Dr. Cornelius Schley
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
E-Mail: cornelius.schley@lt.niedersachsen.de

Die Wirtschaftspolitik von Walter Hirche besteht aus Ideenlosigkeit und Kürzungen

Thomas Oppermann, der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, hat die Wirtschaftspolitik von Minister Walter Hirche scharf kritisiert: Es falle auf, dass alle herausragenden Projekte des Ministeriums bereits von der SPD geführten Landesregierung begonnen wurden. Die vier »Leuchttürme« – Innovationszentrum Niedersachsen, die N-Bank, der JadeWeserPort und der Forschungsflughafen Braunschweig – sind von Ministerpräsident Sigmar Gabriel und Wirtschaftsministerin Susanne Knorre auf den Weg gebracht worden.

Von Walter Hirche komme nur Ideenlosigkeit. Nicht ein neues Projekt sei in seiner Amtszeit in Angriff genommen worden. Die größte Leistung Hirches sei die Freigabe von Sitzhilfen in Stehcafés. Mit einer Bundesratsinitiative habe Hirche den Taxenunternehmern erlaubt, die Farbe ihre Fahrzeuge frei zu wählen (Wegfall der Vorschrift zur einheitlichen Farbgebung). Das sind Beispiele für Bürokratieabbau à la Hirche. Ansonsten würden nur Uraltvorschriften aus den Ministerialblättern herausgesucht und aufgehoben, die bereits niemand mehr kenne und beachte. Echter Vorschriftenabbau fände im Hause Hirche aber nicht statt, stattdessen werde erst einmal eine Arbeitsgruppe eingesetzt, so Oppermann.

»Hirche ist nicht in der Lage, sich gegen den Finanzminister durchzusetzen«, wirft ihm Oppermann vor. Deshalb spare die Landesregierung am falschen Ende, nämlich bei den Investitionen. Noch nie in der

mehr als 50-jährigen Geschichte des Landes war die Investitionsquote so gering wie im Jahre 2005. Niedersachsen bildet damit das Schlusslicht aller 16 Bundesländer.

Obwohl sich alle Wirtschaftswissenschaftler darüber einig sind, dass die Infrastruktur für das Flächenland Niedersachsen von herausragender Bedeutung ist, kürzt der Wirtschaftsminister den Straßenbauetat um 15 Mio. Euro. Statt des notwendigen Ausbaus der Landesstraßen drohe Niedersachsen nun zu Schlaglochland zu verkommen, befürchtet Thomas Oppermann.

Nachdem die von Susanne Knorre gegründete N-Bank von Hirche nach langen Verzögerungen Anfang des Jahres endlich ihre Arbeit aufnehmen konnte, scheint sich der Minister von der Wirtschaftsförderung innerlich verabschiedet zu haben. Die Mittel des Wirtschaftsförderfonds,



Thomas Oppermann

einst Schlüsselinstrument der Landespolitik, sind finanziell so zusammengestrichen worden, dass er kaum noch handlungsfähig ist.

»Herr Hirche, das ist zu dünn.« kommentierte Oppermann die Politik von Hirche »Große Ankündigungen, kleine Taten, Rekordtiefstand bei den Investitionen.«

CDU und FDP verscherbeln Spielbanken

Die Landesregierung verschenkt mit dem jetzt vollzogenen Verkauf der Spielbanken bares Geld. Doch nicht nur das: Sie sichert dem Käufer auch noch zu, auf zwingend gebotene Kontrollen zu verzichten.

Durch die von CDU und FDP ideologisch motivierte Veräußerung der niedersächsischen Spielbanken führt zu Mindereinnahmen des Landes von ca. 6 Millionen Euro jährlich. Hätte die Landesregierung den staatlichen niedersächsischen Spielbanken die Konditionen eingeräumt, die jetzt durch Senkung der Spielbankabgabe der Casino Austria gewährt werden, dann wäre ein ertragreiches staatliches Unternehmen geschaffen. Statt dessen lenken CDU und FDP staatliches Geld in private Taschen. Dabei wird auch der Spielbankgemeindeanteil nur noch »nach Maßgabe des Haushalts« gezahlt, mit der Folge, dass die Standortgemeinden der Spielbanken faktisch keinerlei Nachteilsausgleich – etwa zur Finanzierung von Suchtprävention und Schuldnerberatung – erhalten, zumal Spielbanken keine Gewerbesteuer zahlen. Besondere Beachtung verdient die vertragliche Zusage des Finanzministers, den Käufern für den Fall vom Land veranlasster durchgängiger Ausweiskontrollen einen Teil der hieraus resultierenden Ergebnisrückgänge bis zur Höhe von 2,8 Mio. Euro pro Jahr für die Höchstdauer von fünf Jahren zu ersetzen. Ausgerechnet der Finanzminister, der vor kurzen noch behauptet hat, in niedersächsischen Spielbanken sei eimerweise Geld geklaut worden, will das Land zu Schadensersatzzahlungen in Höhe von 14 Millionen Euro verpflichten, wenn das Land verhindern will, dass in den niedersächsischen Spielbanken Schwarzgeld gewaschen wird!

Impressum

**SPD-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover**

V.i.S.d.P.:
Dr. Cornelius Schley, Geschäftsführer
SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:
Tobias Dünow,
Thilo Scholz

Layout und Satz:
Andreas Schneider

CDU und FDP greifen tief in die Kassen der Kommunen

Das Jahr 2005 wird ein schlechtes Jahr für die Städte und Gemeinden in Niedersachsen werden. Denn die Landesregierung streicht bei den Kommunen 150 Mio. Euro – obwohl CDU und FDP ihnen vor der Wahl 300 Mio. Euro mehr versprochen haben.

Im Haushaltsjahr 2005 wird der kommunale Finanzausgleich um 302 Millionen Euro hinter der Mittelfristigen Finanzplanung 2003 der Landesregierung zurückbleiben. Dieser Einnahmerückgang würde um 150 Millionen niedriger ausfallen, wenn CDU und FDP nicht an der Verbundquote im Finanzausgleich drehen würden.

Indem in § 1 des Finanzverteilungsgesetzes schlicht die Zahl 16,09 durch 15,04 ersetzt wird, werden den Kommunen im kommenden Jahr 150 Millionen Euro vorenthalten. Dabei handelt es sich keineswegs um eine einmalige Kürzung. Ausgehend von 150 Millionen Euro im Jahr 2005 steigt dieser Betrag in den Folgejahren von 157 Mio. Euro im Jahr 2006 über 164 Mio. Euro im Jahr 2007 auf 171 Mio. Euro im Jahr 2008. Insgesamt führt die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs, die CDU und FDP jetzt beschlossen haben dazu, dass den Kommunen bis 2008 Finanzausgleichsmittel in Höhe von 642 Mio. Euro vorenthalten werden.

Da eine große Zahl von kommunalen Gebietskörperschaften bereits heute keine ausgeglichenen Haushalte vorlegen kann, wird dieser Eingriff des Landes zu einer weiteren Inanspruchnahme von

Überziehungskrediten durch die Städte, Gemeinden und Landkreise führen. Damit haben die Kommunen völlig recht wenn sie darauf hinweisen, dass das Land versucht, seine Finanzprobleme auf die Kommunen abzuwälzen. »Die jetzt von der Niedersächsischen Landesregierung initiierte und von den Mehrheitsfraktionen des Landtages als Gesetzentwurf eingebrachte Reduzierung der Finanzausgleichsmittel ist eine Konsolidierungsmaßnahme auf dem Rücken der niedersächsischen Kommunen. (...) Es handelt sich insoweit um keine Einsparung in den öffentlichen Haushalten in Niedersachsen, sondern lediglich um eine Belastungsverschiebung zwischen öffentlichen Ebenen. Insoweit müssen die kommunalen Gebietskörperschaften sich weiter rechtswidrig verschulden, damit das Land seine Nettkreditaufnahme absenken kann«, so heißt es in der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände.

Die Kommunen sind nicht zuletzt deshalb enttäuscht, weil Christian Wulff in seinem Wahlprogramm versprochen hatte: »Wir müssen eine Politik mit den Kommunen machen und nicht auf deren Kosten.« Auch der heutige Innenminister hat den Kommunen in der Vergangenheit viel ver-



Heiner Bartling

sprochen: »Wir müssen schnell handeln, zumindest für die Kommunen etwas tun, denen das Wasser bis zum Hals steht. Deshalb haben wir beantragt, dass die Bedarfszuweisungen um 100 Millionen DM, also um 50 Millionen Euro, erhöht werden, damit schnell etwas passiert. Das muss oben drauf«, erklärte er noch im Februar 2002. Jetzt haben die Landesregierung und jeder einzelne Landtagsabgeordnete aus den Reihen von CDU und FDP eine Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um 150 Millionen Euro zu verantworten.

Musterentschließung und Munsteranfrage zum Kommunalen Finanzausgleich (KFA)

CDU und FDP, also ausgerechnet diejenigen, die in den vergangenen Jahren keine Gelegenheit ausgelassen haben, der SPD-Landesregierung einen »Raubzug« durch die kommunalen Kassen vorzuwerfen, kürzen durch Absenkung der Steuerverbundquote den kommunalen Finanzausgleich um 150 Millionen Euro. Dieses Vorgehen steht in massivem Widerspruch zu der vorgeblichen »Kommunalfreundlichkeit« der Regierung Wulff. Es eignet sich daher ganz hervorragend für eine Thematisierung in den kommunalen Parlamenten.

In unserem Internetauftritt <http://www.spd-landtag-nds.de> findet ihr im geschützten Bereich (siehe Artikel zum Niedersachsen-Netzwerk) eine Musterentschließung zu diesem Thema sowie eine Munsteranfrage. Mit dieser könnt ihr – sofern ihr dies nicht längst getan habt – die konkreten Auswirkungen des KFA-Eingriffs auf den Haushalt vor Ort erfragen. Beide Papiere hat uns dankeswerter Weise der SPD-Landesverband zur Verfügung gestellt.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte User können sich auf der Internetseite <http://www.spd-landtag-nds.de> mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen.

Hier sind zahlreiche exklusive Aufkünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter u.v.m. Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Niedersachsen wird zur umweltpolitischen Wüste

Das war ein trauriges Jahr für die Umweltpolitik in Niedersachsen, betonte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Hans-Dieter Haase während der Haushaltsberatungen. Angesichts des Haushalts 2005 ist zu befürchten, dass das nächste noch schlimmer wird.

Bereits für 2004 gab es erhebliche Befürchtungen, was die Kürzungen im Umweltbereich anging. Sie trafen vor allem diejenigen, die seit Jahren erfolgreiche Umwelt- und Naturschutzarbeit leisten und das i.d.R. ehrenamtlich. Nun ist festzustellen, dass der Umweltminister es geschafft hat, für das Jahr 2005 die Dauermenschrauben noch fester zu ziehen.

Trotz des Amtseides, den der Umweltminister des Landes Niedersachsen auf die Niedersächsische Verfassung geleistet hat, steht der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen offensichtlich nicht mehr auf seiner Agenda. Niedersachsen wird unter dieser Landesregierung zur umweltpolitischen Wüste.

Dieser Umweltminister trocknet wirklich alles aus, was auch nur im Ansatz mit erfolgreicher Umweltpolitik zu tun hat. So stehen für 2005 weniger Mittel für die originäre Naturschutzarbeit zur Verfügung, mit dem Ergebnis, dass notwendige Maßnahmen nicht mehr finanziert werden können.

Fortgesetzt wird diese großflächige Trockenlegung der umweltpolitischen Landschaft durch die Zerschlagung der effektiven und gewachsenen – im ganzen Bundesgebiet anerkannten – Strukturen der niedersächsischen Umweltverwaltung. Das Niedersächsische Landesamt für Ökologie wird aufgelöst, die Bezirksregierungen werden abgeschafft.

Doch damit nicht genug. Schon wird der nächste Hahn zur Bewässerung gedeihender natur- und umweltpolitisch notwendiger Projekte abgedreht: Bingo, die Umweltlotterie wird von dieser Landesregierung zweckentfremdet. Es ist und bleibt eine Täuschung der Spielerinnen und Spieler, wenn eine Lotterie, die mit ihren Überschüssen Umwelt- und Entwicklungsvorhaben unterstützen soll – und damit erfolgreich wirbt – zum Stopfen von Haushaltlöchern missbraucht wird.

Auch die letzte Quelle umweltpolitischer Arbeit wird zum Versiegen gebracht. Die wichtige und notwendige Arbeit von tausenden ehrenamtlichen Vertretern der Umwelt- und Naturschutzverbände im gan-



Hans-Dieter Haase

zen Land wird nicht mehr in der angemessenen Form vom Land unterstützt. Es wird jedes Jahr die finanzielle Förderung gekürzt und ab 2006 soll die Förderung komplett eingestellt werden.

Das Jahr 2005 wird – um im Bild zu bleiben – ein heißes und trockenes in Niedersachsen – wie es eben ist in einer umweltpolitischen Wüste.

Verwaltungsreform überlagert Haushalt 2005 Stärkung des Ländlichen Raumes nicht in Sicht

Die Haushaltsberatungen waren geprägt von der Umsetzung der in großen Teilen unausgegorenen Verwaltungsreform. Das trifft in besonders hohem Maß die Agrar- und Forstverwaltung, den Ländlichen Raum und den Verbraucherschutz, betonte die SPD-Fraktionssprecherin für den Ländlichen Raum, Karin Stief-Kreie.

Die Agrarförderung und die Bewilligung sowie die Kontrolle der Tier- und Flächenprämien wurden von den Ämtern für Agrarstruktur (ÄfA) auf die Landwirtschaftskammern übertragen und für diesen Bereich eine 100% Kostenerstattung vereinbart. Von den angekündigten Synergieeffekten und Kostensenkungen ist nunmehr keine Rede mehr. Da die Landesregierung von Anfang an nur darauf aus war, so viele Aufgaben wie möglich den Kammern zu übertragen, geriet sie unter Druck. Verhandlungsspielraum war nicht mehr vorhanden, denn eine Variante der Rückübertragung von hoheitlichen Aufgaben von den Kammern zu den Ämtern für Agrarstruktur war überhaupt nicht untersucht worden. Das Ergebnis der Verhandlungen lässt nicht erkennen, dass

diese Lösung für das Land kostengünstiger ist.

Es war immer Zielsetzung des Parlaments, die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe (GA) für Agrarstruktur und Küstenschutz zu 100% zu binden. Hintergrund ist, dass das acht- bis zwölffache an Investitionen im Ländlichen Raum damit ausgelöst wird. Im letzten Jahr konnten nicht alle Mittel gebunden werden und auch in diesem Jahr zeichnete sich ab, dass 5 Mio. Euro nicht gegenfinanziert werden. Durch die Kürzung der GA auf Bundesebene ist die Landesregierung noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen. Trotzdem ist dies zu erwähnen, da die FDP auf Bundesebene eine viel weitergehende Kürzung der GA, nämlich eine Kürzung um zusätzlich 231 Mio. Euro, gefordert hat-



Karin Stief-Kreie

te. Eine Forderung die, wäre sie durchgekommen, dem Ländlichen Raum in Niedersachsen in erheblichem Maß geschadet hätte.

Justizpolitik ohne Rückgrat

Was ist eigentlich von einer Justizministerin halten, die angesichts sanierungsbedürftiger Gerichtsgebäude und dünner Personalausstattung von einer überbordenden Opulenz der Justiz spricht?

Wenn man den öffentlichen Erklärungen der Justizministerin Glauben schenkt, könnte man den Eindruck gewinnen, die niedersächsische Justiz habe sich in den letzten Jahren mit Stellen und Sachmitteln nur so voll gesogen und betreibe jetzt mit Händen und Füßen Besitzstandswahrung. Die Wahrheit sieht jedoch anders aus: Für die Justiz kommt es derzeit deshalb dick, weil sich die Ressortchefin in der Rolle einer Reformerin gefällt und dabei die Interessen der Justiz am Kabinettsstisch geradezu sträflich vernachlässigt. In Sonntagsreden bekennt sie sich zur außergerichtlichen Streitschlichtung – den SPD-Entschließungsantrag zur Stärkung der außergerichtlichen Streitschlichtung haben CDU und FDP aber abgelehnt.

Die Justizministerin muss sich den Vorwurf gefallen lassen, die weitgehende Abschaffung des Streit schlichtenden verwaltungsrechtlichen Widerspruchsverfahrens nicht verhindert zu haben – und in ihrem Haushalt keine Vorsorge dafür getroffen zu haben, dass sich jetzt viele Bürgerinnen

und Bürger, die gegen eine Verwaltungsentscheidung vorgehen wollen, künftig direkt an die Gerichte wenden müssen.

Folge dieses Verhaltens der Ministerin ist, dass in Folge der so genannten »Zielvereinbarung II« 300 Stellen in der Justiz in Abgang gestellt werden. Mit diesem Stellenabbau in der Justiz soll die Verwaltungsreformbilanz des Innenministers geschönt werden – und dass, obwohl diese Stellen auf absehbare Zeit keineswegs entbehrlich sind. So werden im Haushalt für das Jahr 2005 216 Gerichtsvollzieherstellen in Abgang gestellt, obwohl die von CDU und FDP beabsichtigte Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens ohne eine Grundgesetzänderung nicht umgesetzt werden kann.

Hinzu kommt, dass die globale Minderausgabe in Höhe von 4,9 Millionen im Justizhaushalt nur durch Stellenstreichungen realisiert werden kann. 50 Vollzeitstellen sind deshalb bereits vom Justizministerium gesperrt worden. Fazit: Wenn es die Justizministerin nicht bald schafft,



Heike Bockmann

sich am Kabinettsstisch für die Interessen des ihr anvertrauten Ressorts einzusetzen, dann sind schwere Schäden für den Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt auch für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen geradezu unvermeidbar.

Der Besuch des Kindergartens ist der Schlüssel zur Integration SPD legt umfassendes Konzept zur Integrationspolitik vor

Die SPD-Fraktion hat Eckpunkte für ein umfassendes Konzept zur Integration junger Ausländer und Aussiedler in den Landtag eingebracht. Das Programm soll mit 7 Millionen Euro, die dem Land aus der neuen Keno-Lotterie zufließen, finanziert werden.

»Die Landesregierung setzt bei diesem wichtigen Thema auf symbolische Politik und kürzt gleichzeitig bei der Sprachförderung und den Integrationsmaßnahmen. Statt rückwärtsgewandter Ideologie brauchen wir ein Konzept, das dort ansetzt, wo die Entscheidung über Erfolg und Misserfolg von Integration fällt: im Kindergarten«, sagte Gabriel.

Zahlreiche Studien zeigten, dass der Besuch eines Kindergarten entscheidend für die sprachliche und soziale Integration ausländischer Kinder sei. Der Staat müsse zwar speziell für ausländische Kinder zugeschnittene Angebote machen. Aber auch die Eltern mit Migrationshintergrund müssten verstärkt in die Pflicht genommen werden. »In der Vergangenheit hat sich die deutsche Gesellschaft den Umgang mit ausländischen Kindern zu leicht gemacht. Wir haben es achselzuckend hingenom-

men, dass wesentlich weniger ausländische als deutsche Kinder unsere Betreuungsangebote annehmen. Damit muss Schluss sein. Wir müssen aktiv darum werben, dass die Eltern ihre Kinder in die deutsche Gesellschaft integrieren. Wenn sie das nicht tun, gefährden sie die Zukunft ihrer Kinder.«

Das Konzept der SPD-Fraktion besteht aus vier Bausteinen:

1. Sprachförderung

Die Mittel für die Sprachförderung in den Kindertagesstätten und in der fröhkindlichen Förderung werden von bislang 4,8 Millionen Euro (Haushaltsentwurf der Landesregierung) auf 8 Mio. Euro erhöht. Damit wird das Niveau erreicht, das die letzte SPD-Landesregierung angestrebt hatte. Im Zuge der Sprachförderung sol-

len verstärkt auch die Eltern mit einbezogen werden.

2. Beratungsnetzwerke

Viele Zuwanderer sind sich nicht der Tatsache bewusst, dass die beruflichen und sozialen Chancen ihrer Kinder entscheidend mit dem ganztägigen Besuch eines Kindergartens verknüpft sind. Hier muss die Beratungs- und Aufklärungsarbeit erheblich intensiviert werden.

3. Zusammensetzung der Kindergartengruppen

Ausländische Kinder, die sich auch im Kindergarten primär in ihrer Muttersprache verständigen, haben beim Erlernen der deutschen Sprache erheblich größere Schwierigkeiten, als Kinder, die überwiegend Deutsch

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung: »Der Besuch des Kindergartens ...«

sprechende Gruppen besuchen. Entscheidend für den Integrationserfolg ist es daher, Gruppen, in denen der Anteil nicht-Deutsch sprechender Kinder 50 Prozent übersteigt, zu vermeiden. Insbesondere in Großstadtquartieren mit hohem Ausländeranteil kann das dazu führen, dass einzelne Kinder sinnvollerweise nicht den dem Wohnort am nächsten gelegenen Kindergarten besuchen sollten, wenn die Zusammensetzung der dortigen Gruppen dem Spracherwerb abträglich ist.

4. Kindergarten- und Schulpartnerschaften

Kinder im Kindergartenalter haben (noch) keine Vorbehalte im Umgang mit zunächst fremden Kulturen. Um die natürliche Neugier der Kinder zu fördern und das Verständnis zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu verstärken, sollen Kindergärten und Grundschulen in Niedersachsen verstärkt Partnerschaften mit vergleichbaren Einrichtungen im Ausland eingehen.

Termine

Dienstag, 11.01.2005, 12:00 Uhr
Fraktionsvorstand

Dienstag, 18.01.2005, 12:00 Uhr
Fraktionsvorstand

Dienstag, 18.01.2005, 14:00 Uhr
Fraktionssitzung

Dienstag, 25.01.2005, 12:00 Uhr
Fraktionsvorstand

Dienstag, 25.01.2005, 15:00 Uhr
Fraktionssitzung

26.-28.01.2005
Landtagsplenum
Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

26.01.2005, 13:00-15:00 Uhr
FES im Landtag – Zukunftskonzepte für ein kinder- und familienfreundliches Niedersachsen: Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Familienpolitik
Referent: Prof. Dr. Bernd Rürup, Universität Darmstadt
Restaurant Leineschloß im Niedersächsischen Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Blindengeld abgeschaßt – 10.000 Blinde werden Bittsteller

Als schwarzer Donnerstag entpuppte sich der letzte Plenartag in diesem Jahr für Blinde in Niedersachsen: Alle anwesenden Abgeordneten von CDU und FDP sind dem Vorschlag der Landesregierung gefolgt, das Landesblindengeld in Niedersachsen faktisch abzuschaffen.

In einer von SPD und Grünen geforderten namentlichen Abstimmung haben sich alle CDU und FDP-Abgeordneten für eine Abschaffung des Landesblindengeldes ausgesprochen, während SPD und Grüne geschlossen dagegen votierten.

Nach der eiskalten Entscheidung von CDU und FDP werden nur noch rund 700 Blinde, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ein einkommensunabhängiges Blindengeld erhalten. Dagegen werden mehr als 10.000 ältere Blinde leer ausgehen. »Niedersachsen ist damit das einzige Bundesland, in dem es keinen einkommensunabhängigen Nachteilsausgleich für Blinde gibt«, betont der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Uwe Schwarz.

Blinde werden in Niedersachsen wieder – wie vor fünfzig Jahren – zu Fürsorgeempfängern. Die Niedersächsische Landesregierung hat damit einen Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik eingeläutet. Für diese Landesregierung steht offensichtlich nicht mehr der Teilhabegedanke im Vordergrund ihrer Politik, sondern der Fürsorgegedanke.

Die Argumentation der Landesregierung ist dabei ausgeprochen perfide: So wird erstens darauf hingewiesen, dass Blinde in der Sozialhilfe genauso viel Geld bekommen wie eine allein Erziehende mit einem Kind. Zweitens betont die Landesregierung, es gebe für andere schwer behinderte Menschen auch keinen einkommensunabhängigen Nachteilsausgleich.

Hier wird versucht, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sowie verschiedene Behindertengruppen gegeneinander auszuspielen. Abgesehen davon, dass es höchst problematisch ist, staatliche Leistungen an verschiedene Behindertengruppen gegeneinander aufzurechnen. – Vielmehr geht es um nichts weniger als um soziale Gerechtigkeit. Jedoch wollen CDU und FDP in Wirklichkeit den Sozialstaat weitgehend beseitigen und durch Armenfürsorge ersetzen.

Der Landesblinderverband hat gegen die Streichung des Landesblindengeldes ein Volksbegehren angekündigt. Die SPD-Landtagsfraktion wird dieses Volksbegehren unterstützen.



Demonstration des Landesblinderverbandes gegen die Abschaffung des Blindengeldes

Wulff will NDR zu Staatsfernsehen machen

Dass CDU und FDP in Niedersachsen wenig von Pressefreiheit halten, haben sie schon unmittelbar nach ihrer Regierungsübernahme deutlich gezeigt: Sie peitschten ein Mediengesetz durch den Landtag, dass unliebsame Unternehmen vom privaten Hörfunk ausschließt und zugleich den Einfluss der Regierung auf die Landesmedienanstalt erhöht.

Während der Staatsgerichtshof in Bückeburg noch über die Klage der SPD-Fraktion gegen dieses Gesetz verhandelt, holt Christian Wulff schon zum nächsten Schlag aus. Nach dem privaten ist nun der öffentlich-rechtliche Rundfunk sein Ziel.

Das Muster kennt man schon: Wulff überraschte wie schon bei der Debatte über die Reform der Kultusministerkonferenz (KMK) Freund und Feind mit seiner Drohung, den NDR-Staatsvertrag zu kündigen. Dieses Abkommen zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg ist die Grundlage für die Arbeit des Senders.

In der Öffentlichkeit und in einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde im Landtag versuchte Wulff seinen Vorstoß damit zu begründen, niedersächsische Belange spielten in der Berichterstattung des NDR eine zu geringe Rolle. Nun kann

man trefflich darüber streiten, ob eine 24-stündige Live-Berichterstattung vom »Tag der Niedersachsen« im Interesse der Menschen in Niedersachsen liegen, oder nicht vielleicht doch eher dem Selbstdarstellungsbedürfnis des Ministerpräsidenten entgegenkommen würde. Völlig unstrittig aber ist, dass sich der Ministerpräsident gefälligst aus der Programmgestaltung des NDR heraushalten muss.

Denn die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist nicht nur im NDR-Staatsvertrag, sondern auch im Grundgesetz geschützt. Und unsere Verfassung kann selbst der niedersächsische Ministerpräsident nicht aufkündigen.

In Wahrheit geht es Wulff auch gar nicht um den Anteil von Niedersachsen-Themen am NDR-Programm, sonst hätte er seine Vorschläge im zuständigen Rundfunkrat einbringen lassen. »Wulff will den Staatsvertrag so ändern, dass sein Einfluss auf die Vierländeranstalt steigt«, so die mediopolitische Sprecherin der SPD-Land-



Amei Wiegel

tagsfraktion. Der Ministerpräsident will sich den NDR zur Beute machen.

Das hat im Übrigen auch schon sein Amtsvorgänger Ernst Albrecht versucht. Er ist damals grandios gescheitert. Denn die Menschen in Niedersachsen wollen kein Staatsfernsehen, sondern eine unabhängige, ausgewogene Berichterstattung.

Tagung der Agrar- und Verbraucherschutzpolitischen Sprecher in Hannover sehr erfolgreich!



Sprechertagung mit Karin Stief-Kreipe (MdL), Wolfgang Jüttner (MdL) und Gerald Thalheim (Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, v.l.n.r.)

Anlässlich der Konferenz der Verbraucherschutz-, Ernährungs- und Agrarpolitischen Sprecher der SPD-Fraktionen der Landtage und des Bundestages am 9. und 10. Dezember 2004 in Hannover wurden die derzeit wichtigsten Themen der Agrar- und Verbraucherschutzpolitik mit Vertretern des Bundesministeriums diskutiert.

Neben der Nutztierehaltungsverordnung für Schweine und Legehennen wurde auch die Zuckermarktordnung intensiv behandelt. Darüber hinaus standen die Themen »Grüne Gentechnik« und die Dienstleistungsrichtlinie der EU auf der Tagesordnung.

Die Sprecherinnen und Sprecher verabredeten für die Zukunft einen noch engeren Informationsaustausch.

Materialien der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

I. Fraktionszeitung »Thema im Landtag – TIL«



a) Neuerscheinung vom 16.12.2004: TIL – Thema im Landtag; Sonderausgabe Kursbestimmung. Strategie und Ziele der

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag 2005-2008

b) TIL – Thema im Landtag 1/2004
Schule in Niedersachsen – Von gebrochenen Versprechen und falschen Konzepten

Bestellungen bei:

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag; Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1; c/o Thilo Scholz; 30159 Hannover; Tel. 0511/3030-4038; Fax -4809; E-Mail Thilo.Scholz@lt.niedersachsen.de

II. Flugblätter

1. Nichts gelernt aus PISA: Schulpolitik in Niedersachsen
2. Wulffs Ellenbogengesellschaft: Sozialpolitik in Niedersachsen
3. Städte vor dem Kollaps: Vom Umgang mit den niedersächsischen Kommunen
4. Familien und Kinder stehen im Regen: Familien-, Kinder- und Jugendpolitik
5. Integration? Fehlanzeige: Die Ausländerpolitik der Landesregierung

6. Ehrenamt ohne Zukunft
7. Wulff spart sich den ländlichen Raum
8. Wulff streicht Weihnachtsgeld statt Subventionen
9. BINGO wird zur Mogelpackung: Von der Umweltlotterie zur Haushaltssanierung
10. Alle Macht für Wulff: Verwaltungsreform
11. Beton statt Bildung: Wulff verschenkt 680 Millionen Euro (Subventionsabbau zur Bildungsförderung)
12. Weniger Unterricht – größere Klassen: Unterrichtsversorgung in Niedersachsen

Die Flugblätter sind im Internet zum Download bereitgestellt unter <http://www.spd-landtag-nds.de>. Voraussetzung ist ein Zugang zum passwortgeschützen »Niedersachsen-Netzwerk« (siehe gleichnamigen Artikel) der SPD-Fraktion.

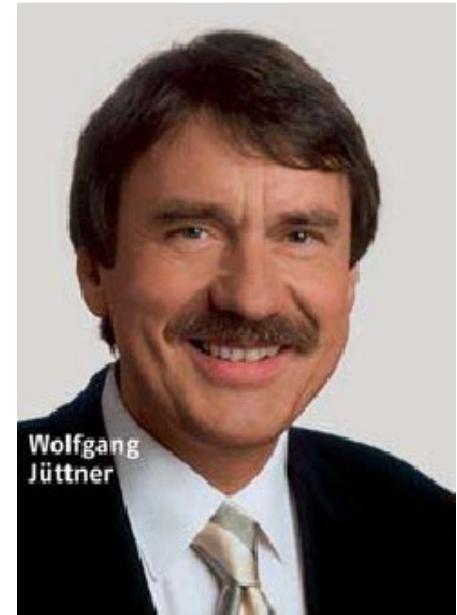
III. Plakate

a) Plakat Sigmar Gabriel
DIN-A1, farbig; Freiraum für Veranstaltungankündigungen u.ä. ist gegeben
Kosten/Stück: 0,90 Euro zuzüglich Verpackung und Versand

b) Plakat Wolfgang Jüttner
DIN-A1, farbig; Freiraum für Veranstaltungankündigungen u.ä. ist gegeben
Kosten/Stück: 0,90 Euro zuzüglich Verpackung und Versand



Christina Bührmann



Wolfgang Jüttner

»Staatliche Kunst- und Kulturförderung ist auch immer eine Investition in die Zukunft.« So steht es auf der Internetseite des Kulturministeriums. Doch Minister Lutz Stratmann führt die Kultur in Niedersachsen zurück in die Vergangenheit.

Das verdeutlichen schon die nackten Zahlen: Die Projektmittel für nichtstaatliche Museen wurden fast vollständig gekürzt. Die Musikschulen und die Freien Theater müssen auf ein Viertel ihrer Mittel verzichten. Die soziokulturellen Zentren, die gerade im ländlichen Raum hervorragende Arbeit leisten, müssen auf rund 37% ihrer Mittel verzichten.

»All diese Sparten leben vor allem vom ehrenamtlichen Engagement der Menschen in Niedersachsen«, sagte Christina Bührmann, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. »Statt diesen Einsatz zu honorieren, scheint der Kulturminister zu glauben, Kultur könne es zum Nulltarif geben. Und gerade dort, wo mit geringen Landeszuschüssen tragfähige Strukturen aufgebaut wurden, kürzt die Landesregierung mit dem Rasenmäher.«

Bührmann betonte, in Zeiten leerer Kassen könne auch der Kulturhaushalt nicht gänzlich von Einsparungen verschont bleiben, das hätten auch die betroffenen Verbände eingeräumt. »Gerade deshalb haben wir frühzeitig eine offene Diskussi-

on über eine zukunftsfähige Neustrukturierung der Kulturlandschaft in Niedersachsen angemahnt. Die Kultur braucht langfristige Perspektiven.« Der Haushaltsentwurf 2005 sei jedoch »der gedruckte Nachweis für eine verfehlte Kulturpolitik.«

Bestellungen bei: SPD-Landesverband Niedersachsen; c/o Margrit Gärtner, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover, Tel.: 0511/1674-212, Fax: -211, E-Mail: Margrit.Gaertner@spd.de